

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
11.01.2010**

GRÜNE dringen auf Einführung von Islamunterricht - Hahn muss selbst aktiv werden und darf sich nicht von anderen abhängig machen

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dringt darauf, dass bis zum Ende des Jahres das Konzept und der Terminplan für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in Hessen fest stehen. "Die jüngsten Äußerungen von Minister Hahn geben Anlass zur Befürchtung, dass die CDU/FDP-Landesregierung die Einführung des islamischen Religionsunterrichts auf den St.-Nimmerleinstag verschieben will. Hahn darf es nicht bei wohlfeilen Worten belassen, er muss gemeinsam mit seiner Kollegin Henzler Konzepte vorlegen, die verwirklicht werden können", fordert die integrationspolitische Sprecherin der GRÜNEN, Mürvet Öztürk. "Wir wollen dass nach jahrelanger folgenloser Diskussion jetzt endlich ein Angebot an staatlichen Schulen in deutscher Sprache Religionsunterricht für die muslimischen Kinder gemacht wird."

Jörg-Uwe Hahn hatte am Wochenende in einem dpa-Gespräch erklärt, er erhoffe sich in den kommenden Monaten Klarheit über die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts. Er hoffe, dass sich die türkischen Organisationen bis Sommer oder Herbst entscheiden, wie es weitergeht.

"Selbstverständlich müssen auch die türkischen Organisationen ihren Beitrag leisten, dass es zu einem islamischen Religionsunterricht kommen kann. Wir fordern sie nachdrücklich zur konstruktiven Mitarbeit auf. Falls die muslimischen Organisationen sich nicht einigen können, dürfen sie nicht als willkommene Ablenkung für die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern CDU und FDP dienen. Wie bekannt ist, gibt es in der hessischen CDU starke Kräfte, die keinen islamischen Religionsunterricht wollen. Es darf nicht sein, dass wir auch im Jahre 2011 immer noch den 'Status Karin Wolff' haben: Immer drüber reden und insgeheim froh sein, dass es keine Einigung gibt. Falls ein Religionsunterricht nicht durchgesetzt werden kann, muss es im Zweifel ein Unterrichtsfach 'Islamkunde' geben. Andere Bundesländer machen vor, wie die Unterrichtung muslimischer Kinder an öffentlichen Schulen gelingen kann. Es kann und darf nicht sein, dass es in Hessen nicht klappt", unterstreicht Mürvet Öztürk.

Pressestelle der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag
Pressesprecherin: Elke Cezanne
Schlossplatz 1-3; 65183 Wiesbaden
Fon: 0611/350597; Fax: 0611/350601
Mail: gruene@ltg.hessen.de
Web: <http://www.gruene-fraktion-hessen.de>